

Noteninflation stoppen

Forderungen für eine leistungsorientierte, vergleichbare und differenzierte gymnasiale Oberstufe in Deutschland



Beschluss des BKA I. 2017/18 in Frankfurt a.M.

Antragsteller: Leon Hanschmann (Vorsitz), stv. Bundesvorsitzender, Jascha Hoppe, stv. Bundesvorsitzender, Filiz Mert, Beisitzerin im Bundesvorstand

Inhaltsverzeichnis

- I. Präambel: Bedeutung des Abiturs
- II. Erweiterung der Kompetenzen der Kultusministerkonferenz
 - a. Verbindlichkeit der Beschlüsse
 - b. Einheitliche Kernelemente der Rahmenlehrpläne
- III. Noteninflation aufhalten
 - a. Allgemeines
 - b. Qualifikationsphase
 - c. Abiturprüfungen

1 Präambel: Bedeutung des Abiturs

2 Vor 17 Jahren wurde die erste Pisa-Studie veröffentlicht. 17 Jahre ist es her, dass
3 Deutschlands Bildungslandschaft erstmals umfangreich vermessen wurde. Deutschlands
4 Abschneiden war im internationalen Vergleich bescheiden – der Aufschrei umso größer.
5 Heute, 17 Jahre später stehen wir in vielen Bundesländern vor veränderten
6 Schulsystemen. Kompetenzen sind in den Vordergrund gerückt. Durchfallquoten wurden
7 durch obligatorisches Weiterkommen minimiert. Es machen so viele Abitur wie noch nie.
8 1992 waren es noch 31 Prozent, 2015 über 50 Prozent. Eine Erscheinung, die in ihrer Natur
9 löblich wäre – gäbe es nicht die Konsequenzen, welche aus der prozentualen Steigerung
10 der Abiturientenzahl resultieren. Die Konsequenzen hat der Handwerker zu tragen, der
11 keine Lehrlinge findet, sowie die Universitäten, die Brückenkurse in den vier
12 Grundrechenarten anbieten müssen und Deutschland, das den höchsten
13 Bildungsabschluss fast zum Nulltarif anbietet.
14 Dabei kommt dem Abitur eine immer wichtigere Aufgabe zu. Circa 50 Prozent aller
15 Bachelor-Studiengänge sind zulassungsbeschränkt¹. In beliebten Studienfächern und
16 Studienorten ist die Lage noch angespannter. Die Abiturnote entscheidet hier über
17 Zulassung oder Ablehnung, über Traum oder Alptraum. Zudem gilt diese
18 Hochschulzugangsberechtigung deutschlandweit. Von deutschlandweiten Standards
19 könnten wir nicht weiter entfernt sein. Mit 16 Bundesländern haben wir in Deutschland 16
20 verschiedene Wege das Abitur zu erwerben.

21 Das Urteil des Verfassungsgerichts zur Studienplatzvergabe im Fach Medizin kritisiert
22 unter anderem die Vergabe nach universitätseigenen Verfahren. Es kritisiert dieses
23 Verfahren dafür, dass sie bei diesem Prozess die Abiturnoten nicht landesspezifisch
24 gewichten². Diese Kritik ist berechtigt und zeigt die Zustände, vor denen wir in
25 Deutschland stehen. Es zeigt die illusorische Farce der Vergleichbarkeit dieses
26 Bildungsabschlusses.

¹Statistische Daten zu Studienangeboten an Hochschulen in Deutschland Studiengänge, Studierende, Absolventinnen und Absolventen Wintersemester 2015/2016. Online abgerufen unter: https://www.hrk.de/uploads/media/HRK_Statistik_WiSe_2015_16_webseite.pdf. Zuletzt zugegriffen: 13.01.18.

²Bundesverfassungsgericht Urteil vom 19. Dezember 2017 (https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/12/Is20171219_1bvl000314.html, zuletzt zugegriffen: 13.01.18)

27 Wir müssen uns die Grundsatzfrage stellen, welchen Stellenwert das Abitur in Zukunft
28 haben soll und welchen Einfluss Aufnahmeprüfungen spielen sollten. Die Schüler Union
29 Deutschlands hält am Abitur als maßgebliches Vergleichskriterium für die
30 Studienplatzvergabe fest.

31 Das Abitur gibt Schülern die Chance sich über einen Zeitraum von zwei oder drei Jahren zu
32 entfalten und kontinuierlich ihre Leistungen zu zeigen. Aufnahmetests können zwar
33 fachspezifisches Wissen und Kompetenzen überprüfen und haben grundsätzlich ihre
34 Existenzberechtigung, jedoch muss das Abitur als Hauptvergleichskriterium erhalten
35 bleiben. In Anbetracht dieser Umstände besteht Handlungsbedarf: Die 16 verschiedenen
36 Wege des Abiturs müssen vergleichbarer, das Niveau angehoben werden.

37 Dieser Antrag untergliedert sich in zwei Bereiche. Im ersten Teil thematisieren wir das
38 Schulsystem als solches. Als Hindernis in der Schulpolitik sehen wir unter anderem die
39 nicht verbindlichen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) in bestimmten
40 Bereichen. Grundsätzlich unterstützen wir den Bildungspluralismus, allerdings nicht zu
41 dem Preis unvergleichbarer Abschlüsse. Im Bereich der Regelung der Sekundarstufe II
42 muss den Beschlüssen der KMK Zähne verliehen werden.

43 Ein zweiter Abschnitt beschäftigt sich mit konkreten Vorstellungen der Anhebung und
44 Vereinheitlichung des Abiturniveaus. Es gilt: Der gemeinsame Nenner muss das
45 anspruchsvollste Niveau sein, das in Deutschland zu finden ist.

46 **II. Erweiterung der Kompetenzen der Kultusministerkonferenz**

47 **a. Verbindlichkeit der Beschlüsse**

48 Die Aufgabe der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der
49 Bundesrepublik Deutschland (KMK) ist, laut ihrer selbst, „die Einheitlichkeit und
50 Vergleichbarkeit von Zeugnissen und Abschlüssen als Voraussetzung für die gegenseitige
51 Anerkennung zu vereinbaren“³ Als erster Schritt in diese Richtung wird beispielsweise
52 jährlich ein Aufgabenpool für die Abiturprüfungen in den Fächern Mathematik, Deutsch,

³<https://www.kmk.org/kmk/aufgaben.html>. Zuletzt zugegriffen: 04.01.18.

53 Englisch und Französisch geschaffen, an welchem sich die Ländern bedienen können –
54 oder auch nicht.

55 Selbst im Falle dessen, dass sich eines der 16 Bundesländer einer Aufgabe dieses
56 Aufgabenpools bedient, kann der Schüler im Zweifel eine andere Aufgabe lösen. Dies ist
57 der Tatsache geschuldet, dass die schriftlichen Abiturprüfungen in der Regel
58 Wahlaufgaben sind und eine der Möglichkeiten immer noch vom jeweiligen Bundesland
59 kommt. Der prozentuale Anteil derer, die sich also an einer der im Aufgabenpool
60 befindlichen Aufgaben bedienen, ist faktisch gering. Daraus ergibt sich ein riesiger
61 Aufwand zu einem geringen Nutzen; dies kann stellvertretend auch für die
62 Kultusministerkonferenz gesagt werden. Für Erlässe herrscht keinerlei Umsetzungspflicht
63 – eine Umsetzung in den Bundesländern geschieht in jedem Fall auf freiwilliger Basis.
64 Dabei müssen sämtliche Beschlüsse, die der „Herstellung der notwendigen Einheitlichkeit
65 und Mobilität im Bildungswesen dienen“⁴, einstimmig beschlossen werden (Teil A
66 Abschnitt I Absatz 6 Geschäftsordnung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der
67 Länder in der Bundesrepublik Deutschland). So kann ein Bundesland einen Beschluss also
68 mitbeschließen und mittragen, ist jedoch in keiner Weise dazu verpflichtet, etwas für
69 dessen Realisierung zu tun.

70 Den im Plenum der Kultusministerkonferenz getroffenen Entscheidungen muss mehr
71 Nachdruck verliehen werden, um der Kultusministerkonferenz eine größere
72 bildungspolitische Verantwortung zukommen zu lassen. Deswegen fordern wir, die
73 Schüler Union Deutschlands, die Einführung einer Verpflichtung zur Umsetzung von
74 einstimmig gefassten Beschlüssen der Kultusministerkonferenz in den Ländern.

75 Des Weiteren sollten Bildungsexperten als ständig beratende Mitglieder die KMK in ihren
76 Debatten und Entscheidungen unterstützen. Nur in Ausnahmefällen sind die
77 Kultusminister ausgebildete Lehrer oder Pädagogen, das heißt sie treffen ihre
78 Entscheidungen aufgrund ihrer politischen Überzeugungen ohne Fachwissen.

79 Vor allem hinsichtlich der Rahmenlehrpläne und der Ausgestaltung der Jahre, die zum
80 Abitur führen, müssen die Kompetenzen der KMK durch die Verleihung eines legislativen

⁴ Geschäftsordnung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
(<https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/GO-GR-Fassung-29-08-2014.pdf>; Stand: 29.08.14, zuletzt
zugegriffen: 04.01.18)

81 Charakters erweitert werden. Den Beschlüssen in diesen Bereichen muss Relevanz für alle
82 Bundesländer Deutschlands zugesprochen werden können.

83 **b. Einheitliche Kernelemente der Rahmenlehrpläne**

84 Die Einführung des in Teil A erwähnten Aufgabenpools ist zwar einerseits ein kleiner, aber
85 andererseits auch ein richtiger Schritt zur Vergleichbarkeit des Abiturs unter den
86 Bundesländern. Doch nicht nur aufgrund des oben genannten Problems der geringen
87 Tragweite dieser Aufgabenauswahl, sind weitere Schritte nötig, um beispielsweise bei der
88 Bewerbung um bundesweit zulassungsbeschränkte Studienplätze einen fairen
89 Wettbewerb zu schaffen. In jedem Bundesland ist die Grundlage für die Aufgaben in der
90 Abiturprüfung der Lehrplan. Daraus folgend kam es im letzten Schuljahr vor allem im Land
91 Hamburg zu großen Problemen im Fach Mathematik: Eine Klausur, die Wissen,
92 vorbereitend auf die Aufgaben des Aufgabenpools, abfragte, fiel so dermaßen schlecht
93 aus, dass die Noten aller Schüler um drei Punktnoten nach oben korrigiert wurden⁵.
94 Vergleichbare Prüfungen sind gut, um eine Gerechtigkeit in den Abschlüssen herzustellen;
95 damit aus diesem Vorgehen jedoch keine Ungerechtigkeit wird, ist ein einheitlicher
96 Lehrplan in der Oberstufe essentiell notwendig. Deswegen ist es zielführend, wenn
97 bundesweit in denselben Fächern auch dieselben Grundelemente vermittelt werden.

98 Langfristig gesehen können einheitliche Abiturprüfungen in ganz Deutschland die
99 Grundlage für ein vergleichbares Abitur zwischen den unterschiedlichen Bundesländern
100 bilden. Deswegen fordern wir eine intensive Spezialisierung der Kultusministerkonferenz
101 hinsichtlich der Erstellung von Kernelementen der Rahmenlehrpläne, die allen
102 angehenden Abiturienten in Deutschland verbindlich vermittelt werden müssen. Des
103 Weiteren muss eine thematische Auseinandersetzung mit den Bestimmungen der
104 gymnasialen Oberstufe in den Mittelpunkt rücken. Unterschiede in der Wertigkeit des
105 Abiturs entstehen oft nicht nur durch die erlernten Inhalte, sondern auch durch den Weg,
106 der zum Abitur führt. Dies beinhaltet speziell die Wertigkeit von Klausuren, die
107 Einbringung der Halbjahresnoten als auch die Wahlmöglichkeiten von Fächern und
108 Abiturprüfungen.

⁵<http://www.spiegel.de/spiegel/beim-abitur-entscheidet-herkunft-statt-leistung-a-1145711.html>. Zuletzt
zugegriffen: 03.01.18.

109 Die Schüler Union Deutschlands fordert:

- 110 • die Einführung einer Verpflichtung zur Umsetzung von einstimmig gefassten
111 Beschlüssen der Kultusministerkonferenz in den Bundesländern
- 112 • unter juristischer Prüfung gegebenenfalls eine Änderung des Grundgesetzes
- 113 • größtmögliche Anstrengungen durch die KMK zur Anhebung des Abiturniveaus
- 114 • eine intensivere Spezialisierung der Kultusministerkonferenz in den Bereichen:
115 Rahmenlehrplan und Regelung der gymnasialen Oberstufe
- 116 • die weitere Ausführung von verbindlichen Kernpunkten im Rahmenlehrplan, der
117 für alle Länder Gültigkeit hat
- 118

119 **III. Noteninflation aufhalten!**

120 Das Abitur ist in den letzten Jahren zum vermeintlichen Minimum der beruflichen
121 Qualifizierung erhoben worden. Durch den Verfall seiner Leistungsstandards ist es zum
122 Abschluss für jeden geworden, egal welche berufliche Zukunft der- oder diejenige
123 überhaupt anstrebt. Das Abitur hat ein unzureichendes Niveau erreicht. Die Prämisse
124 vergangener Bildungspolitiker scheint die Verbesserung der Abiturschnitte durch die
125 Absenkung des Niveaus gewesen zu sein. Wir sprechen uns klar gegen diesen Trend aus
126 und fordern ein Ende der Noteninflation. Weitergedacht ergibt sich daraus, dass es
127 weniger Abiturienten auf dem ersten Bildungsweg geben muss.

128 **a. Allgemeines**

129 Wir, als Vertretung der Schüler in Deutschland, fordern die Orientierung am
130 dreigliedrigen Schulsystem und die Stärkung der einzelnen Schulformen. Von
131 Experimenten mit unterschiedlichsten Bildungsstätten halten wir nichts. Ziel muss es sein,
132 deutschlandweit wieder einheitliche Abschlüsse zu erreichen.

133 Es ist deswegen umso wichtiger, Betrieben und Unternehmen die spezialisierte Bildung
134 von Nicht-Abiturienten aufzuzeigen. Den Bundesländern kommt hier eine besondere
135 Aufgabe zu. Sie müssen die besondere praktische Qualifikation der Schüler von Haupt-
136 und Realschulen stärker hervorheben, denn der Fachkräftemangel ist eine Folge der
137 fehlenden praktischen Qualifikation. Zunehmend werden die Bewerbungen für
138 Ausbildungen von Nicht-Abiturienten zurückgewiesen. Es gibt jedes Jahr etliche

139 unbesetzte Ausbildungsstellen und etliche Nicht-Abiturienten ohne einen
140 Ausbildungsplatz⁶.

141

142

143 **b. Qualifikationsphase**

144 **1.**

145 Die Grundlage der Vergleichbarkeit müssen gleiche Inhalte und Kompetenzen der
146 jeweiligen Fächer bilden. Der fachspezifischen Angleichung der Sekundarstufe II⁷ geht
147 jedoch voraus, dass überhaupt die gleichen Fächer belegt werden. Deswegen fordern wir,
148 dass die Fächer Deutsch, Geschichte, Mathematik und eine Fremdsprache nicht
149 abwählbare Grundlagen für das Abitur darstellen. Die intensive Beschäftigung mit einem
150 dieser Fächer gehört in unserer Vorstellung zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife
151 mit dazu, ergo muss mindestens eines der vier Fächer als Fach mit erhöhtem
152 Anforderungsniveau belegt werden.

153 **1.1.**

154 Das Fach Geschichte wurde in den vergangenen Jahren zunehmend zum Spielball
155 ideologischer Reformen. Insbesondere Bundesländer mit linker Regierung haben
156 den traditionellen Geschichtsunterricht durch Veränderungen der
157 Rahmenlehrpläne erheblich erschwert. Ein Punkt dieser Veränderungen ist oftmals
158 der epochenübergreifende Unterricht. Die Schüler Union spricht sich grundsätzlich
159 dagegen aus. In Anbetracht aktueller Ereignisse ist die intensive Beschäftigung mit
160 den einzelnen Epochen deutscher und europäischer Geschichte wichtiger denn je.
161 Wir fordern daher in der Sekundarstufe II eine verbindliche Beschäftigung mit der
162 Geschichte Deutschlands und Europas im 20. Jahrhundert.

⁶ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/azubi-mangel-170-000-ausbildungsplaetze-bleiben-unbesetzt-a-1109540.html>. Zuletzt zugegriffen: 16.01.18.

⁷ Anm.: Die Begriffe gymnasiale Oberstufe, Sekundarstufe II und Oberstufe haben in unserer Auffassung dieselbe Bedeutung. Wir beziehen uns in beiden Fällen auf jegliche Schulform, an dessen Ende die allgemeine Hochschulreife steht.

163 **2.**

164 Um auch in der gymnasialen Oberstufe das Arbeiten an Projekten zu fördern und zu
165 fordern, soll in jedem Kurs pro Halbjahr der Sekundarstufe II mindestens eine
166 Facharbeit, Projekt oder Referat angefertigt werden. Diese Note fließt verpflichtend in die
167 Halbjahresnote ein. Das Ziel ist es, dem Schüler nicht nur das eigenständige Arbeiten
168 näher zu bringen, sondern ihn auch auf das anstehende Berufsleben vorzubereiten, in
169 welchem oft vom jeweiligen Arbeitgeber die Erarbeitung eines Projektes oder einer
170 Themenpräsentation gefordert wird.

171 Ferner werden die Lehrkräfte wieder mehr dazu aufgefordert, ihre Benotung nicht nur an
172 Noten der mündlichen Mitarbeit und dem rein schriftlichen Anteil, wie der Klausur,
173 festzumachen. Generell ist das Ziel, durch mehr Bewertungen, eine faire und überdachte
174 Notengebung zu erreichen. Den Schülern verspricht eine höhere Anzahl an Noten auch
175 ein größeres Maß an Transparenz und Fairness.

176 **3.**

177 Jeder Schüler soll in den ersten drei Halbjahren der Qualifikationsphase dazu verpflichtet
178 sein eine umfangreiche Facharbeit in einem seiner schriftlich belegten Kurse anzufertigen.
179 Diese schriftliche Hausarbeit soll damit eine Klausur in diesem Fach und Halbjahr
180 ersetzen. Die Vorbereitung auf ein späteres Studium und die wissenschaftliche Arbeit
181 kann so in erhöhtem Maße in den Unterricht integriert werden. Im Sinne der
182 Wissenschaftspropädeutik werden Schüler auf das selbstständige, zielgerichtete Arbeiten
183 im späteren Studium vorbereitet.

184 Die Schüler Union Deutschlands fordert:

- 185 • eine Belegpflicht in der gesamten Sekundarstufe II der Fächer: Deutsch,
186 Geschichte, Mathematik und einer Fremdsprache
 - 187 ○ die Belegpflicht eines dieser Fächer mit erhöhtem Anforderungsprofil
- 188 • die verbindliche Beschäftigung mit der Geschichte Deutschlands im 20.
189 Jahrhundert im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe II
- 190 • die Anfertigung eines Referates, einer Facharbeit oder eines Projektes pro Halbjahr
191 und pro Kurs

- 192 • eine Hausarbeit pro Halbjahr in den ersten drei Halbjahren der
193 Qualifikationsphase, die als Klausurersatz gilt

194

195 **c. Abiturprüfungen**

196 **1.**

197 Grundlage für die allgemeine Hochschulreife muss die Prüfung in mindestens vier Fächern
198 mit einem erhöhten Anforderungsbereich sein. Die Prüfungsfächer sollen in der
199 Sekundarstufe II in einem größeren Umfang als die anderen Fächer unterrichtet werden.
200 Den Fähigkeiten des einzelnen Schülers wird so die Chance gegeben, sich zu entwickeln.
201 Der vertiefte Unterricht ermöglicht des Weiteren eine gezielte Prüfungsvorbereitung.

202 **2.**

203 Von den vier Abiturprüfungen sind mindestens drei schriftlich zu absolvieren. Schriftlich
204 dargelegte Leistungen sind belastbare Ergebnisse. Die Prüfungen können im Zweifel auch
205 ein zweites Mal korrigiert werden. Darüber hinaus muss eines der Prüfungsfächer Mathe
206 oder Deutsch sein. Deutsch und Mathe sind fundamentaler Bestandteil der Schulbildung.
207 Sie sind Türöffner für den Großteil aller Studiengänge. Man braucht beispielsweise in
208 jedem geisteswissenschaftlichen Studium Deutsch als Grundlage, in jedem natur- oder
209 ingenieurwissenschaftlichen Studium ist Mathe wichtig. Im Sinne der Vorbereitung auf ein
210 späteres Studium muss eines dieser beiden Fächer schriftlich im Abitur überprüft werden.

211 **3.**

212 Jeder Schüler sollte nicht nur die Auswahl haben, zwei Sprachen oder zwei
213 Naturwissenschaften für das Abitur zu wählen, sondern auch zwei
214 Gesellschaftswissenschaften. Damit würde den Gesellschaftswissenschaften derselbe
215 Wert, wie den Naturwissenschaften und Sprachen zugesprochen werden.

216 **4.**

217 In Bezug auf die Abiturprüfungen fordern wir einen deutschlandweit gleichen
218 Prüfungstermin sowie eine gleiche Prüfung in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch

219 und Französisch. Die Prüfung soll vom Institut zur Qualitätssicherung im Bildungswesen
220 an der Humboldt Universität zu Berlin erstellt werden. Dieses Gremium ist jetzt bereits
221 mit der Erstellung des Aufgabenpools betraut.

222 Dieser Aufgabenpool, aus dem die Länder sich ihre eigenen Klausuren zusammenstellen
223 können, nimmt erhebliche Ausmaße an. Es ist der Tatsache geschuldet, dass Aufgaben nur
224 einmal verwendet werden und nicht zu einem späteren Zeitpunkt in einem anderen
225 Bundesland nochmal auftauchen können. Die Anzahl der vielen verschiedenen Aufgaben
226 ist jedoch ein Hindernis der Vergleichbarkeit der Prüfungen aus den einzelnen Ländern. Id
227 est; ein einheitlicher Prüfungstermin ist zwingende Voraussetzung einheitlicher
228 Prüfungen in den Kernfächern.

229 **5.**

230 Ferner muss die Zweitkorrektur einer Prüfung unter neutralen und objektiven
231 Gesichtspunkten erfolgen. Das gelingt in der Regel besonders gut, wenn die
232 Zweitkorrektoren eine emotionale aber durchaus auch räumliche Distanz zu den
233 Prüflingen haben. Wir fordern daher, in jedem Bundesland eine Vermittlung der
234 Abiturklausuren unter den Schulen für eine schulexterne Zweitkorrektur einzurichten. Bei
235 zu großem Notenabstand zwischen Erst- und Zweitkorrektur sollte eine Drittkorrektur in
236 Betracht gezogen werden.

237 Die Schüler Union Deutschlands fordert:

- 238 • mindestens vier Prüfungen in Fächern mit einem erhöhten Anforderungsbereich
- 239 ○ davon drei schriftlich abzulegen
- 240 • die schriftliche Prüfung in Deutsch oder Mathe
- 241 • einen deutschlandweit gleichen Prüfungstermin und gleiche Prüfungsaufgaben in
- 242 den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch
- 243 • eine unabhängige, zentrale Kommission zur Zweitkorrektur einzurichten